

Bündnis 90/Die Grünen Fachtagung „Religionsunterricht/Philosophie und Religionskunde“ Berlin 26.10.2019

Bericht zur Situation / Entwicklung von Religionsunterricht und Philosophieunterricht in Schleswig-Holstein

Seit **2017** regiert in Schleswig-Holstein eine Jamaika-Koalition. Wir haben im **Koalitionsvertrag** mit FDP und CDU folgende Passage zum Religionsunterricht vereinbart:

„Religionsunterricht

Unsere Schulen sind Orte der Vielfalt. Das sollte sich noch stärker bei den Angeboten zu Religionsunterricht und Philosophie zeigen. Wenn wir die Vielfalt ernst nehmen, müssen wir auch in diesem Bereich mehr Angebote schaffen. Wir werden den konfessionsgebundenen Religionsunterricht an den Schulen erhalten. Den deutschsprachigen Islamunterricht werden wir weiterentwickeln und bedarfsgerecht ausweiten.“(S. 18)

https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/_documents/koalitionsvertrag2017_2022.pdf?_blob=publicationFile&v=2

Im **Februar 2019** haben die Koalitionsfraktionen entsprechend dem Koalitionsvertrag einen **Antrag in den Bildungsausschuss** eingebracht, den Philosophieunterricht flächendeckend zu stärken. In Anerkennung der Bindungen durch die bestehenden Staatsverträge mit den Kirchen soll damit der Fokus auf eine Stärkung des Philosophieunterrichts gerichtet werden. Dafür wurde das Studienfach für Philosophie für das Lehramt an Grundschulen eingerichtet und das Fortbildungsangebot am Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) gestärkt. Die Landesregierung wurde außerdem aufgefordert, die Schulleitungen erneut dafür zu sensibilisieren, Eltern und Schülerschaft über das Recht und Angebot des Philosophieunterrichts entsprechend der Verordnung des Ministeriums verstärkt zu informieren.

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/01200/drucksache-19-01296.pdf>

Nach wie vor wird allerdings nicht an allen Schulen Philosophieunterricht fachlich und organisatorisch gleichwertig als Alternative zum Religionsunterricht angeboten. Aus der Anhörung zu dem Antrag wurde aber auch deutlich, dass Schleswig-Holstein beim Ersatzunterricht auf einem guten Weg ist. As Richtgröße für Klassen für den

Ersatzunterricht gelten 12 Schüler*innen. Seit 2010 bereits gibt es das Angebot für Ersatzunterricht auch an den Grundschulen. Über 188 Lehrkräfte wurden bereits fortgebildet, 25 weitere werden jährlich ausgebildet, bislang ist die Nachfrage nach dem Fach Philosophie Grundschulamt an der Europa-Uni Flensburg noch gering. Es wird geschätzt, dass aktuell noch ca. weitere 200 Lehrkräfte mit Basisqualifikationen fehlen, um den Bedarf zu decken.

Entsprechend der Großen Anfrage 2007 haben 5% der Schüler*innen an einem Philosophieunterricht und ca. 1% am sonstigen Unterricht teilgenommen. Nach einer Kleinen Anfrage des SSW aus 2018 hat sich dieser Wert nun auf 15% der Schüler*innen verbessert

Das hat auch bewirkt, dass sich der Religionsunterricht weiter geöffnet hat und philosophische, ethische und interreligiöse Fragen stärker im Zentrum stehen.

Das korrespondiert auch mit unseren Zielen aus dem **Grünen Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017**. Darin haben wir festgelegt:

„Religionsunterricht gehört dazu

*Unsere Schulen sind Orte der Vielfalt. Das sollte sich noch stärker bei den Angeboten zu Religionsunterricht und Ethik zeigen. Wenn wir die Vielfalt ernst nehmen, müssen wir auch in diesem Bereich Angebote schaffen. Solange die christlichen Kirchen, denen der konfessionelle Religionsunterricht zugesichert ist, keinen konfessionsübergreifenden Unterricht wie in Hamburg anstreben, müssen wir gleichberechtigt auch andere Angebote schaffen. Dazu gehört mehr staatlicher Islamunterricht durch Lehrer*innen, die an deutschen Hochschulen für den Unterricht von Kindern muslimischen Glaubens ausgebildet sind.“*

https://sh-gruene.de/dateien/lw-programm2017_final_web_klein.pdf

Der Fachkräftemangel ist allerdings in Schleswig-Holstein sowohl für den Religionsunterricht als auch den Philosophie-Unterricht erheblich. Das wird sich ggf. durch die jetzt von den Kirchen vorgeschlagene **Vokationspflicht** verschärfen. Die Nordkirche hat gefordert, dass Lehrkräfte, die Religion unterrichten wollen, eine Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche und eine verpflichtende Fortbildung am Theologisch-Pädagogischen Institut absolvieren müssen. Das könnte der Debatte eine ganz neue Dynamik verleihen. Ca. 62% der Schüler*innen (170.000) besuchen derzeit den Religionsunterricht und werden von ca. 4000 fachkundigen wie fachfremden Lehrkräften unterrichtet.

Wir streben als Grüne weiterhin den religions- und philosophiewissenschaftlichen Unterricht für die ganze Klasse an: Ein Unterricht für alle.

Dazu haben wir auf dem **Landesparteitag am 24.3.2019** einen entsprechenden **Beschluss** gefasst:

*„BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN setzen sich für die Erweiterung des Philosophieunterrichtes zu einem ordentlichen Lehrfach mit dem Titel „Philosophie und Religionskunde“ an allgemeinbildenden Schulen ein. Das Fach soll im Rahmen des wertorientierten Unterrichts als ordentliches Lehrfach für alle Schüler*innen ohne die Möglichkeit einer Befreiung angeboten werden.*

*Dieses Fach soll bekenntnisunabhängig unterrichtet werden und auf Wissensvermittlung und Wissensbildung ausgerichtet sein für alle Schüler*innen unabhängig von ihrer religiös-weltanschaulichen Prägung. Der konfessionsgebundene Religionsunterricht bleibt vorerst erhalten und kann weiterhin zusätzlich besucht werden.*

Begründung:

*Das Unterrichtsfach „Philosophie und Religionskunde“ soll einen wesentlichen Beitrag zur Akzeptanz von anderen Weltanschauungen leisten und zum Respekt vor Andersgläubigen bzw. Andersdenkenden erziehen und damit die Verständigung zwischen Schüler*innen mit verschiedenen kulturellen und sozialen Hintergründen erleichtern.*

Die derzeitige Aufteilung in unterschiedliche Gruppen führt nicht dazu, dass sich ein ausreichendes Verständnis für andere Weltanschauungen entwickelt. Das Ziel der Verhinderung von Parallelgesellschaften kann nicht durch einen separierenden Religionsunterricht, sondern nur durch einen integrierenden Unterricht erreicht werden, in dem für das gesellschaftliche Miteinander essentielle Werte wie z.B. Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung begründet werden können, ohne dass für eine der verschiedenen religiösen oder nichtreligiösen Weltanschauungen Partei ergriffen wird.

*Daher soll das Schulfach „Philosophie“ um einen religionskundlichen Teil ergänzt und bekenntnisübergreifend zum Pflichtfach für alle Schüler*innen werden, um der Pluralisierung der Gesellschaft Rechnung zu tragen. Bekenntnisgebundener Unterricht in der Verantwortung der jeweiligen Religionsgemeinschaft wird sich auf die Vermittlung der Glaubensinhalte konzentrieren können und (im Umfang reduziert) unterrichtet werden.*

Die Inhalte des Philosophieunterrichtes, also erkenntnistheoretische, ethisch-moralische, metaphysische und anthropologische Fragestellungen werden um Themen wie Entstehung, Geschichte und Inhalte der Religionen ergänzt, um

Die Inhalte des Philosophieunterrichtes, also erkenntnistheoretische, ethisch-

moralische, metaphysische und anthropologische Fragestellungen werden um Themen wie Entstehung, Geschichte und Inhalte der Religionen ergänzt, um den Auftrag des Schulgesetzes, „jungen Menschen kulturelle und gesellschaftliche Orientierung [zu] vermitteln“, zu erfüllen.“

<https://saekulare-gruene.de/gruener-landesparteitag-schleswig-holstein-beschliesst-einfuehrung-eines-pflichtfaches-philosophie-und-religionskunde-fuer-alle/>

Eka von Kalben,
Fraktionsvorsitzende der Grünen Landtagsfraktion Schleswig-Holstein,
Religionspolitische Sprecherin

Kiel, 30.9.2019